

## ABHANDLUNGEN

### Das Jahr 1945 in Ostmitteleuropa in historischer Perspektive

von Rex Rexheuser

Was seit 1989 in Ostmitteleuropa geschehen ist, hat die Situation der Region so gründlich verändert, daß von der Ordnung, in der sie seit 1945 gelebt hatte, heute nichts mehr erhalten scheint. Seit 1945 stand die Rote Armee an der Elbe. Die sowjetische Grenze war weit nach Westen vorgeschoben. Im Vorfeld kontrollierte Moskau von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer einen breiten Streifen von Satellitenstaaten. Politik, Wirtschaft und Kultur ganz Ostmitteleuropas waren sowjetischem Muster unterworfen oder doch angenähert. Und der Westen respektierte diese Herrschaftssphäre insofern strikt, als er sich von jeder militärischen Intervention fernhielt. Die Sowjetunion bekam dadurch freie Hand, auf Krisen in der Region mit jedem Mittel reagieren zu können, auch mit Gewalt. Seit 1989 ist die Rote Armee kampfflos und in wenigen Jahren (bis 1993!) aus Ostmitteleuropa abgezogen. Die Satellitenländer gewannen ihre Unabhängigkeit. Die Ukraine, Weißrußland, die baltischen Republiken erklärten sich zu selbständigen Staaten. Damit zerbrach die Sowjetunion selbst. Und in der ganzen Region begann ein Umbau der politischen und wirtschaftlichen Strukturen im Namen von Demokratie und Kapitalismus, nach dem Vorbild des Westens.

Daß der Westen ein Vorbild nur abgab, aber nicht aufzwang, verleiht dem Umbruch von 1989 eine weitere Dimension. Der friedliche und freie Übergang kontrastiert nicht nur mit der Nötigung, unter der die Ordnung von 1945 eingeführt wurde. Er durchbrach zugleich eine Regel, die in Ostmitteleuropa seit Jahrhunderten gegolten hatte. Selbstbestimmung kannte man hier auch vor 1945 nur als Ausnahmefall. Bereits in der frühen Neuzeit war die Region mehr und mehr zu einem Interventionsraum anrainender Großmächte geworden. Seit dem 16. Jahrhundert verlegten die Osmanen, Österreich und Schweden, später auch Rußland und Brandenburg ihre Grenzen immer tiefer in das Gebiet hinein. Mit den Teilungen Polens okkupierten Rußland, Preußen und Österreich den Rest und hielten ihn bis in den Ersten Weltkrieg unter Kontrolle. Die Freisetzung der Region im Zusammenbruch der drei Imperien 1917/18 hatte nur den Cha-

rakter eines Zwischenspiels. Es endete 1939, als Deutschland und die Sowjetunion Polen und die baltischen Länder erneut unter sich teilten. 1941 folgte die Besetzung des ganzen Raums durch Deutschland, seit 1944/45 die Sowjetisierung. Die Phase bis 1989 erscheint vor diesem Hintergrund als Glied einer Kette, als bloße Abwandlung eines sehr alten Musters. Was Ostmitteleuropa damals erlebte, wiederholte die Erfahrung von Generationen. Die fremden Herren wechselten, die fremde Herrschaft blieb. Ostmitteleuropa war Objekt seiner stärkeren Nachbarn.

Niemand weiß heute, ob mit dem Umbruch von 1989 das Schema der vergangenen Jahrhunderte auf Dauer außer Kraft gesetzt ist oder nur auf Zeit unterbrochen sein wird wie 1917/18. Manche Gefahren, die der Unabhängigkeit Ostmitteleuropas drohen, zeigen sich schon jetzt; ich werde von ihnen reden müssen. Zwischen den Situationen von damals und heute sind aber auch Differenzen unübersehbar, die für größere Stabilität sprechen.

Von den drei Imperien, die bis zum Ersten Weltkrieg den Raum beherrschten, ist am Ausgang des Krieges nur eines, Österreich-Ungarn, für immer zerfallen. Die anderen waren bloß vorübergehend geschwächt, hielten fest an ihren imperialen Traditionen und amalgamierten sie mit neuen expansionistischen Ideologemen – Rußland mit der sozialistischen Verheißung, Deutschland mit dem Kult der Rasse. Ostmitteleuropa spielte in keinem dieser Weltbilder eine mehr als untergeordnete Rolle. Als aber Berlin und Moskau wieder zu Kräften gekommen waren und die Gelegenheit sich bot, griff man zu und bemächtigte sich des Zwischenraumes, erst gemeinsam und dann im Kampf gegeneinander. Die Ausgangslage von heute ist völlig anders. Deutschland besitzt zwar wirtschaftliches Gewicht wie nie vorher und hat an politischem durch die Wiedervereinigung noch dazugewonnen. Es sieht sich aber territorial saturiert, wird zugleich gestützt und gebunden durch europäische und atlantische Institutionen und hat, wie zu hoffen ist, die Neigung zu imperialen Alleingängen für immer verloren. Rußland ist zumindest das Vermögen dazu gestützt worden, viel mehr als nach 1917. Sein Territorium in Europa liegt heute weit hinter den Grenzen der Zwischenkriegszeit und entspricht etwa dem des Zarenreichs im 17. Jahrhundert. Missionarisch ist Rußland ausgebrannt. Ganz anders als nach der Oktoberrevolution bietet es der Welt kein Gegenmodell und keine Heilsbotschaft mehr. Als grenzüberschreitende Tendenz ist ihm nur großrussischer Nationalismus geblieben, und gerade gegen diesen hat das Sowjetsystem in Ostmitteleuropa Dämme errichtet, die seinen Sturz überdauert und sich bisher als ausnehmend fest erwiesen haben.

Das klingt paradox, meint aber einen sehr einfachen Sachverhalt. Er fällt ins Auge, wenn man fragt, was denn Ostmitteleuropa im strengen

Sinn zum Interventions-Raum, das heißt zu einer Sphäre gemacht hat, die sich in deutlichen Konturen gegen die Umgebung abhebt und von ihr unterscheidbar geblieben ist durch Jahrhunderte. Allein der Zugriff von außen erklärt das Phänomen nicht. Die Grenze zwischen Außen und Innen hätte sich über kurz oder lang auch verwischen können, aufgezwungene Herrschaft wäre zu angestammter Herrschaft geworden, Fremdes eine Spielart des Heimischen. Solche Prozesse der Angleichung haben sich historisch immer wieder ereignet, auch bei den Großmächten, die in Ostmitteleuropa intervenierten. Die Stadtrepublik Novgorod ist der Moskauer Autokratie im 15. Jahrhundert mit Gewalt eingegliedert worden wie im 18. Jahrhundert das aristokratische Schlesien dem absolutistischen Hohenzollernstaat. Weder Novgorod noch Schlesien wollten den Anschluß, beide haben sich mit Waffen gewehrt, das Bewußtsein eigener Identität ist den Regionen nie verlorengegangen. Es versöhnte sich aber mit der neuen Zugehörigkeit. Die Unterworfenen lernten, sich als einen Teil des Moskauer oder preußischen Ganzen zu betrachten. Vollends im 19. Jahrhundert, als den Novgorodern ihr Russentum, den Schlesiern die Deutschheit wichtig zu werden begann, dachte niemand mehr an Sezession. Einst problematische Außenbezirke hatten sich in selbstverständliches Inland verwandelt.

Ostmitteleuropa oder doch große Gebiete in ihm waren ein viel widerständigerer Stoff. Irgendwann überschritt jede Großmacht, die sich hier ausdehnte, Grenzen, die nicht verwischten, vielmehr die Tendenz hatten, sich bis zur Ausschließlichkeit zu verhärten. Bis ins 19. Jahrhundert erklärt sich dies zum Teil daraus, daß die fremden Mächte selbst Grenzen respektierten und einer eingegliederten Region mehr oder minder große Autonomie beließen. So behandelte Wien seit 1526 das Königreich Ungarn, so verfuhr Petersburg nach 1815 mit dem Königreich Polen. Anderswo gab es aber solche Abgrenzungen nicht. Dennoch trat im 19. Jahrhundert überall in Ostmitteleuropa die Forderung auf, daß Herrschaft ihren Ursprung nur in der Region haben dürfe. Stammte sie von anderswoher, galt sie fortan als illegitime Herrschaft, die zu beseitigen sei. Der Anspruch konnte sich mit der Forderung nach Demokratie verbinden, war aber keineswegs demokratisch in seinem Kern. Wäre er es gewesen, hätte er sich leicht mit der Existenz von Imperien verbinden lassen, vorausgesetzt nur, deren Untertanen hätten sich zu Bürgern emanzipiert und Teilhabe an der Herrschaft gewonnen. Umgekehrt ist bodenständige Herrschaft sehr wohl mit undemokratischer Verfassung vereinbar, zum Beispiel den autoritären Regimen, wie sie gerade in Ostmitteleuropa und gerade in seiner kurzen Freiheitszeit zwischen den Kriegen die Regel geworden sind. Was sich mit vielen Verfassungen vertrug, aber jede Herrschaft unerträglich machte, die nicht aus der Region kam, war die Zuspitzung des

Nationalgedankens, die im 19. und 20. Jahrhundert Ostmitteleuropa ebenso verändert hat wie den ganzen Kontinent.

In Völker teilte sich die Bevölkerung auch hier von langer Hand. Esten wußten immer, daß sie keine Letten, keine Russen sind, und nie hat ein Pole sich mit Tschechen oder Deutschen verwechselt, seitdem er und sie diese Namen führten. Die andere Art wurde aber selten als Gegensatz empfunden, stark genug, ein Auskommen der Völker zu verhindern. Man lebte zusammen in den verschiedensten Kombinationen, nebeneinander in abgesonderten Gruppen, durcheinander in Gemengelage, sehr oft auch in sozialer Schichtung übereinander, ohne daß deshalb der Friede grundsätzlich unsicher gewesen wäre. Zur Schmerzgrenze wurden die Kontaktlinien erst, als die Völker sich nationalisierten und anfangen, ihre Verschiedenheit dramatisch ernst zu nehmen. Politischen Ausdruck fand diese Emphase im Anspruch auf den eigenen Staat, bekannt als das Recht der Völker auf Selbstbestimmung. In seinem Licht erschien jedes Imperium in Ostmitteleuropa als Fremdling in Permanenz, ein immerwährender Eroberer, der Tag für Tag so viele Grenzverletzungen beging, wie es Nationen auf seinem Territorium gab. Keine Dauer war mehr imstande, diesen Makel zu tilgen, nachdem der Gedanke an Selbstbestimmung einmal Fuß gefaßt hatte. Am Ende machte er die jahrhundertealte Herrschaft der Habsburger ähnlich zu einem Skandal, wie die kurzlebige deutsche Herrschaft im Zweiten Weltkrieg und die sowjetische danach es von Anfang an gewesen sind. Die Schwäche der politischen Strukturen Ostmitteleuropas erklärt, warum die Region seit der frühen Neuzeit immer wieder und immer mehr dem Zugriff fremder Großmächte erlegen ist. Daß sie Fremde geblieben sind, erklärt sich aus einer Stärke Ostmitteleuropas, dem Selbstbehauptungswillen seiner Nationen.

Dies betonen heißt nicht, Unterschiede in den Spielarten der Fremdherrschaft übersehen. Sie gingen tief genug, mit weiten Ausschlägen zwischen den Ländern, Perioden und Systemen. Das Maß nationaler Bedrückung etwa, das im 19. Jahrhundert die Teilungsmächte über Polen verhängten, änderte sich nicht nur mit der Zeit; es war auch in Rußland, Österreich, Preußen so ungleich, daß eine genau trennende Erinnerung die Unterschiede bis heute im Gedächtnis des Landes festgehalten hat. Alle diese Abstufungen wiederum verblassen gegenüber den Brutalitäten, die den Fremddiktaturen des 20. Jahrhunderts gemeinsam gewesen sind. Und selbst hier waren die Differenzen gravierend, obwohl in diesem Fall die Erinnerung der Opfer eher zu einer Nivellierung des Schreckens neigt.

Die deutsche Diktatur im Zweiten Weltkrieg hat die Nationen Ostmitteleuropas ohne Ausnahme behandelt als Rohstoff zu beliebiger Verwendung. Ungarn und Slowaken wurden zu Bundesgenossen ernannt, Polen

und Ukrainer als Arbeitssklaven eingesetzt, Esten und Letten zur Germanisierung vorgesehen, die Juden umgebracht. Das Völkermaterial diente ganz unterschiedlichen Zwecken. Aber zu Material waren die Völker alle geworden. Das nationalsozialistische System entzog ihnen im strengen Sinn das Recht auf Existenz. Es ließ ihnen nur die Wahl zwischen Tod, Revolte oder Selbstaufgabe.

Das sowjetische System hat Ostmitteleuropa gewiß nicht zur Selbstbestimmung verholfen. Es führte sich 1939 mit Gewalt ein, kehrte 1945 mit Gewalt wieder, behauptete sich 1953, 1956, 1968 mit Gewalt und hat auf Gewalt erst an seinem Ende verzichtet, als es materiell wie moralisch zu schwach geworden war, sie noch zu handhaben. Aber der Form nach erkannte es das Selbstbestimmungsrecht der Völker an, trieb sogar größten Aufwand, hier einen Schein zu wahren, den der Nationalsozialismus peinlich vermieden hat. Juristisch ruhte die gesamte Sowjetordnung auf diesem Prinzip. Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken war von ihrer Gründung an als Föderation von Völkern konstruiert. Als Stalin 1945 die Sowjetunion nur mäßig vergrößerte und im westlichen Vorfeld, also außerhalb von ihr, die Staaten der Satelliten sich bilden ließ, trat der nationale Bauplan noch schärfer hervor. Ganz Ostmitteleuropa, ob diesseits oder jenseits der sowjetischen Grenze, gliederte sich politisch seither nach Nationen.

Was daran Fassade und vorsätzliche Irreführung war, ist oft beschrieben, viel häufiger erlitten worden. Innerhalb der Sowjetunion lettische Schulen, in denen mehr Russisch gesprochen wurde, außerhalb eine polnische Regierung, die Weisungen aus Moskau bekam – der Widerspruch zwischen Form und Inhalt, Worten und Taten hat das Leben im Ostblock jahrzehntelang gezeichnet und zur Qual gemacht. Dennoch war nicht alles Nationale nur Schein. Der Realität kamen schon die Grenzen zwischen den Sowjetrepubliken nahe, noch näher die Grenzen zwischen den Volksdemokratien. Im großen und ganzen sah die Landkarte Ostmitteleuropas nach 1945 aus, als hätten – mit Ausnahme der Polen und Deutschen – die Völker selbst über sie entschieden. Die Fremdherrschaft nötigte ihnen hier nichts als den eigenen Willen auf, ein Phänomen, das es in der langen Geschichte der Fremdbestimmung Osteuropas nie vorher in solcher Breite gegeben hat. Überdies mußte die Zentralgewalt, da sie den Schein wahren wollte, den nationalen Institutionen immerhin ein Minimum an Wirklichkeit gestatten. Noch mehr Wirklichkeit versuchten, gedeckt durch den Schein, die Nationen selbst sich zu erlisten oder zu ertrotzen, eingeschlossen deren kommunistische Machteliten, die darin nur zaghafter waren als die Oppositionen. Im Sowjetsystem sind deshalb die nationalen Institutionen von Anfang an eine kritische Zone gewesen,

Schauplatz und Stützpunkt für vorsichtige und systemkonforme Autonomieregungen wie für entschiedene und systemsprengende Selbständigkeitsbewegungen. Solange das System intakt war, hat es solche Tendenzen zu beiden Seiten der sowjetischen Grenze wirksam kontrollieren können. In den nationalen Institutionen steckte aber so viel an potentieller Kraft, daß sie sich in der Fundamentalkrise der 80er und 90er Jahre überall als die Sollbruchstelle des ganzen Systems erwiesen haben. Um den Widerstand der Partei- und Wirtschaftsbükratien gegen die Perestrojka zu brechen, mobilisierten die Reformer um Gorbačëv „Volksfront“-Bewegungen in den einzelnen Sowjetrepubliken. Innerhalb wie außerhalb der Sowjetunion verknüpften sich in den Volksbewegungen selbst die Forderungen nach politischer Demokratie und wirtschaftlichen Reformen unmittelbar mit dem Anspruch auf nationale Selbstbestimmung. Um der Massenproteste Herr zu werden, übernahmen die regionalen Parteieliten die nationalen Parolen, in den Satellitenstaaten wie in den Sowjetrepubliken. Noch im Moskauer Zentrum wurde 1991 der Machtkampf El'cins gegen Gorbačëv im Namen der nationalen Befreiung Rußlands von der Sowjetunion geführt. Dem Sowjetsystem widerfuhr, was unter der NS-Herrschaft undenkbar gewesen wäre. Es wurde nicht von außen zerstört. Es zerbrach von innen her an nationalen Institutionen, die es selbst geschaffen hatte.

Man sieht heute deutlicher als in der Emphase des Umbruchs, welche Lasten die sowjetische Herkunft den überlebenden Nationalstaaten aufgebürdet hat. Daß sie nur zu überleben brauchten und nicht erst entstehen mußten, gewährte ihnen aber auch Vorteile, einen Bonus von Dauer und Stabilität, der ihren Vorgängern nach dem Ersten Weltkrieg, sämtlich neue Gründungen auf den Trümmern der Kaiserreiche, gefehlt hat. Auch das Verhältnis zwischen den Staaten ist heute weitaus weniger problematisch als damals. Die Nachfolgestaaten hatten sich nicht nur im Konflikt mit den Imperien, sondern oft auch im Widerstreit gegeneinander gebildet. Über ihre Grenzen konnten sich bis an die Schwelle des Zweiten Weltkriegs die Polen mit Litauern und Tschechen so wenig verständigen wie die Ungarn mit Rumänen und Slowaken. Den Weißrussen und Ukrainern bestritt Polen überhaupt das Recht auf staatliche Existenz. Heute gelten alle diese Fragen als entschieden. Die Nationen Ostmitteleuropas respektieren einander, nicht unbedingt in Sympathie, aber aus einer wohlverstandenen Solidarität der Interessen, die des Nachbarn Unabhängigkeit und Integrität stützt, weil sie der eigenen Sicherheit nutzen. Kein Regierungswechsel und keine Verschiebung parlamentarischer Mehrheiten, die seit 1989 in den meisten Ländern der Region eingetreten sind, hat – mit der einzigen Ausnahme Weißrußland – diesen Konsensus bisher erschüt-

tert. Er reicht vom linken Flügel des Parteienspektrums bis weit hinein in den rechten und erklärt die bemerkenswerte Tatsache, daß die politischen Grenzen der Sowjetperiode vom postsowjetischen Ostmitteleuropa sorgsam und in seltener Einhelligkeit gehütet werden. Es erleichtert die Konsensbildung überdies sehr, daß die Staatsgesellschaften der Region heute in ethnischer Hinsicht homogener sind als nach dem Ersten Weltkrieg. Die Vereinfachung ist freilich bitter bezahlt mit Katastrophen. Zwei starke Minderheiten, die früher in dem ganzen Raum verbreitet waren und innenpolitisch, außenpolitisch oder in beiden Bereichen für Zündstoff sorgten, überleben nur noch in Resten. Die Juden sind dem Holocaust zum Opfer gefallen oder emigriert. Die Deutschen haben drei erzwungene Wanderwellen aus dem Gebiet verdrängt – die Umsiedlungen des Dritten Reiches, die Massenflucht am Ende des Krieges und die Vertreibungen danach. Auch die Gemengelage der Völker, die an ihrem Platz blieben, ist teilweise deutlich gemindert worden durch die Deportationen und sogenannten Repatriierungen in sowjetischer Zeit. Wo sich aber Minderheiten erhalten haben, werden sie von den Mehrheiten in aller Regel schonend behandelt, mit weit größerem Verständnis jedenfalls, als es zwischen den Kriegen üblich gewesen ist. Günstig wirkt sich auch aus, daß die jahrzehntelange massive russische Präsenz erstaunlich wenig demographische Spuren hinterlassen hat. Sehr im Unterschied zur inneren Sowjetunion gab es keine gesteuerte und kaum eine spontane Migrationsbewegung über die sowjetische Grenze hinweg, die zur Einwurzelung vieler Sowjetbürger in den Blockländern hätte führen können. Wer dorthin kam, überwiegend Militärs und politische Kader, kam auf Weisung, blieb nur auf Zeit und lebte zumeist in einer Isolierung, die von oben verhängt war und Kontakte zur Umgebung nur zuließ, wenn sie kontrollierbar waren. Die sorgfältig abgeriegelten Kasernenareale, die geschlossenen Trupps von Rotarmisten auf den Straßen waren auffällige Zeichen dieser Ghettoisierung, zu beobachten von der DDR bis nach Polen und Ungarn. Die Beendigung der sowjetischen Präsenz reduzierte sich deshalb auf ein Organisationsproblem. Das Millionenheer rückte ab auf Befehl, wie es eingerückt war, und hinterließ an Leere wenig mehr als die ökologische Wüste seiner Stationierungsplätze.

Nach allem möchte man meinen, Ostmitteleuropa habe heute nicht allein seine vergleichsweise kurze Sowjetperiode abgeschlossen. Ist nicht das Ende seiner jahrhundertlangen Fremdbestimmung gekommen? Mit dem deutschen Zusammenbruch 1945 und dem russischen Zurückweichen seit 1989 verschwanden die letzten Interventionsmächte aus der Region. Gegenwärtig sind beide domestiziert, ob sie es gewollt hatten oder nicht. Ostmitteleuropa selbst hat in seiner politischen Gliederung nach

Nationen, in der ethnischen Homogenität vieler seiner Gesellschaften, in der Entspanntheit seiner zwischenstaatlichen Beziehungen Stabilität gewonnen wie niemals zuvor. Es spricht einiges dafür, daß die Muster der Vergangenheit ihre Geltung verloren haben.

Einiges, aber doch nicht alles. In der gründlich veränderten Konstellation überdauern auch alte Elemente der Unsicherheit. Neue kommen hinzu, und was am bedenklichsten ist – die Risiken stecken überall, im Osten, im Westen und mitten in der Region.

An erster Stelle ist von Rußland zu sprechen. Die fast gewaltlose, rasche und überraschende Auflösung des Sowjetimperiums hatte zur Kehrseite, daß längst nicht alle seiner Bürger den Vorgang verstanden haben, geschweige denn gebilligt hätten. Zumal unter den Russen, die sich am leichtesten mit dem Imperium identifizieren konnten, sind Enttäuschung, Ratlosigkeit, eine latente Bereitschaft zum Revisionismus verbreitet. Die anhaltende wirtschaftliche und politische Krise des Landes fördert solche Stimmungen. Im Auftreten und den Wahlerfolgen der alten Kommunisten und neuen Nationalisten sind sie bereits manifest geworden. Fatal ballen könnten sie sich in der Armee, der das lautlose Ende des Systems, seine Niederlage ohne Kampf, die Hilflosigkeit seiner Superwaffen vermutlich noch mehr zu schaffen machen als anderen gesellschaftlichen Gruppen. Rußland seit 1989 ähnelt darin überhaupt nicht dem Deutschland von 1945, das zwar nicht alle Folgen seines Zusammenbruchs hinnehmen mochte, aber jedenfalls einsah, daß seine Rolle als Weltmacht ausgespielt war. Manche Ähnlichkeit dagegen hat das Rußland von heute mit Deutschland nach 1918. Von damals wissen wir, wie gefährlich die nicht angenommene Niederlage einem Lande werden kann, das groß, verarmt und von politischen Krisen heimgesucht ist.

Noch ist die russische Wirklichkeit weit von den deutschen Möglichkeiten entfernt. Sjuganov und Žirinovskij stehen in der Opposition, der imperiale Revisionismus ist zwar manifest, aber durchaus nicht dominant geworden. Immerhin hat er begonnen, die russische Politik zu beeinflussen. Auf den Unabhängigkeitswillen der Čečenien fand El'cins Regierung bisher keine andere Antwort als traditionelle Gewalt. Der damalige Außenminister Kozyrev sprach schon 1994 von der besonderen Interessensphäre, die Rußland in seinem westlichen Vorfeld zu wahren habe. Gegenüber dem Westen zeigt Moskau eine deutliche Scheu, sich auf verbindliche und kontrollierbare Abmachungen einzulassen. Niemand vermag zu sagen, ob es sich dabei um vorübergehende Schwankungen, taktische Rücksichten auf die Opposition oder eine Rückkehr in alte Gleise handelt. Über der ganzen russischen Politik liegt eine irritierende Unsicherheit. Am stärksten wird sie in Ostmitteleuropa empfunden. Die Furcht sitzt

hier tief, die Vergangenheit werde sich wiederholen, die zweite Befreiung von äußerer Herrschaft sei vorübergehend wie die erste, man habe nur eine Gnadenfrist zwischen zwei Invasionen. Schon gegenüber dem westlichen Nachbarn ist das Mißtrauen nie völlig verschwunden, so gewiß die Jahrzehnte friedlicher deutscher Nachkriegsentwicklung es gedämpft haben. Die Erfahrung der Ohnmacht gegenüber dem östlichen Nachbarn dagegen ist frisch und läßt die Gesellschaften Ostmitteleuropas mit äußerster Unruhe auf die irrlichternden Züge der russischen Politik reagieren. Noch größer als in den einstigen Satellitenländern sind diese Sorgen im Gürtel der ehemaligen Sowjetrepubliken von Estland bis zur Ukraine. Sie liegen unmittelbar an der russischen Grenze und schließen, eine Folge der Binnenmigrationen in sowjetischer Zeit, erhebliche Minderheiten russischer Bevölkerung ein. Wenn Moskau will, hätte es hier bequeme Vorwände für politische Pressionen und einen günstigen Ansatz für militärische Aktionen. Begründet oder nicht, die Ängste der russischen Nachbarn setzen sich um in ihren Handlungen. Ganz Ostmitteleuropa sucht Schutz vor der angenommenen Gefahr und hofft, sie im Westen, bei dem alten Gegenspieler des Ostens zu finden.

In der Wendung nach Westen steckt zugleich ein wirtschaftliches Motiv, und auch hier schlägt in der Gegenwart die Vergangenheit durch. In seiner wirtschaftlichen Entwicklung ist Ostmitteleuropa zwar Rußland seit alters voraus gewesen, gegenüber Westeuropa aber traditionell im Verzug. Die Sowjetperiode hat daran wenig geändert, trotz eines beträchtlichen Modernisierungsschubs, den das Sowjetsystem weiten Teilen der Region nach 1945 immerhin vermittelt hat. Verglichen mit 1939 war 1989 der Abstand Ostmitteleuropas vom Westen eher noch größer geworden. Um ihn endlich zu verkürzen, will man die erfolgreicherer Wirtschaftsformen übernehmen und sich in das überlegene Wirtschaftssystem integrieren. So weist alles in eine Richtung. Ängste und Hoffnungen, der Unabhängigkeitsanspruch, das Sicherheitsbedürfnis, die Fortschrittserwartungen treiben Ostmitteleuropa zur Abkehr von Rußland und zur Hinwendung nach Westen.

Der Westen wird auf die Werbung reagieren müssen. Eine eindeutige Antwort hat er bisher nicht gegeben. Nach 1989 überwog anfangs die Tendenz, den ganzen ehemals kommunistischen Osten politisch, wirtschaftlich und militärisch sich selbst zu überlassen. Später zeichneten sich zwei Optionen ab, beide formuliert mit dem Blick auf zurückliegende Erfahrungen und künftige Möglichkeiten. Der eine Gedanke war, Rußland, Ostmitteleuropa und den Westen zusammenzubinden in einem übergreifenden System wechselseitiger Sicherheit mit Abstimmung der wirtschaftlichen Interessen und einem Entwicklungsprogramm nach Muster des

Marshallplans. Dieses Ziel verfolgten die „Partnerschaft für den Frieden“, eine amerikanische Idee, und der europäische Vorschlag, die KSZE auszubauen, eine Institution, die aus den Jahren der Entspannungspolitik vor 1989 stehengeblieben ist. Das zweite Konzept war eine Abwandlung dessen, was Deutschland im Prozeß seiner Vereinigung vollzogen hat. Es sah die schrittweise Ausdehnung rein westlicher Institutionen nach Ostmitteleuropa hinein vor. Offen blieb, wann welche Länder der Region davon erfaßt werden sollen. Vorausgesetzt war nur, daß die Ausdehnung Rußland ausschließt und notfalls gegen Rußland durchzusetzen sei. Osterweiterung von NATO und EU heißen die Stichworte, unter denen diese Version bekannt geworden ist.

Ein gemeinsames Dach Ost und West übergreifender Institutionen oder nach Osten ausgreifende Institutionen des Westens – eine letzte Entscheidung zwischen den Alternativen ist noch nicht gefallen. Seit 1994 verdichten sich aber die Anzeichen, daß die Befürworter der ersten Version an Gewicht verlieren, in den Vereinigten Staaten wie in Westeuropa. Dagegen werden immer häufiger Kandidaten für eine Osterweiterung genannt. Polen, Tschechen und Ungarn gelten als die aussichtsreichsten Kandidaten; sie hören bereits Termine für ihre Aufnahme in NATO und EU. Es scheint, daß die Situation Ostmitteleuropas heute in den Hauptstädten des Westens ähnlich beurteilt wird wie in der Region selbst, das heißt vorrangig unter dem Gesichtspunkt einer potentiellen Bedrohung durch Rußland. Eine Ausdehnung der Europäischen Union ließe sich zwar ohne diese Annahme begründen. Welchen Sinn hätte aber die Erweiterung eines Verteidigungsbündnisses, wenn es niemanden gibt, dem man die Absicht und das Vermögen zutraut, einen Angriff zu führen?

Im Lichte dieser Möglichkeiten ist es so sicher nicht, daß die Vergangenheit Ostmitteleuropas heute an ihr Ende gekommen ist. Mindestens in den Köpfen, in den Hoffnungen, Ängsten und Ressentiments wirkt sie alenthalben weiter. Noch festere Gestalt könnte ihr zuwachsen, wenn es gegenwärtigen und künftigen Akteuren an Klarsicht, Nervenstärke und gutem Willen fehlen sollte. Leicht würde dann Ostmitteleuropa noch einmal werden, was es oft schon gewesen ist, ein Schauplatz fremder Rivalitäten, Interventionsraum für andere Mächte.